

## Stellungnahme zur Räumung von Lützerath

Die Räumung des Dorfes Lützerath hat begonnen, der Abriss steht unmittelbar bevor.

Lützerath im Braunkohlerevier Rheinland soll von RWE abgebaggert werden, um die darunter liegenden 280 Millionen Tonnen Braunkohle zu fördern.

Dabei ist klar: Wenn diese 280 Millionen Tonnen Braunkohle unter Lützerath gefördert und verbrannt werden, können wir die 1,5-Grad-Grenze nicht mehr halten, zu der wir uns mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet haben.

RWE hat sich das Recht auf Förderung der unter Lützerath befindlichen Braunkohle durch einen Deal mit der Bundeswirtschaftsminister Habeck und der NRW-Umweltministerin Mona Neubaur erworben: Das Kohle-Ausstiegsdatum wurde auf 2030 vorgezogen. Das ist aber kein Erfolg für den Klimaschutz; vielmehr wird RWE erlaubt in kürzerer Zeit dieselbe Menge Kohle zu verfeuern und dieselbe Menge CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre zu blasen.

Die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) spricht sich gegen die Abaggerung der Kohle unter Lützerath aus. Das 1,5 Grad- Ziel sei andernfalls nicht zu halten. „Entscheidend ist nicht das Kohle-Ausstiegsdatum, sondern das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget – und das wird deutlich überschritten.“ (Nürnberger Nachrichten vom 11.01.2023, S.4)

"So ermittelte etwa die Coal Exit Research Group, der Expert:innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der TU Berlin und der Europa-Universität Flensburg angehören, es seien im aktuellen Abbaubereich bereits deutlich höhere Kohlemengen genehmigt, als zur Sicherung der Energieversorgung bis 2030 benötigt werden. Fazit: Weitere Abbauflächen unnötig." aus: >> [Quelle](#).

Darum solidarisieren wir uns mit allen, die friedlich und gewaltfrei gegen das Abbaggern von Lützerath und für das Einhalten des 1,5 Grad- Zieles eintreten.

Zur aktuellen Situation im nordrhein-westfälischen Lützerath äußert sich die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus:

„Unsere Gesellschaft braucht am Beginn des Jahres 2023 keine Kraftakte, keine neuen Konfrontationen und Kampfszenen, sie braucht vielmehr eine Denk- und Gesprächspause darüber, wie wir den brüchigen sozialen Frieden in unserem Land, das angefochtene Vertrauen in die Politik und den so dringend nötigen Frieden mit der Schöpfung fördern können.“

Die aktuell drohende Räumung von Lützerath macht auf bedrückende Weise klar, wie weit wir davon entfernt sind. **Längst sind Kohleförderung und -verstromung als falscher und ökologisch selbstmörderischer Umgang mit der Schöpfung und der Zukunft kommender Generationen erkannt worden.** Das bringt immer mehr Menschen zur Verzweiflung, raubt auch geduldigen und nüchternen Menschen den Schlaf. Die Tagebaue im rheinischen Revier sind hierfür zum Symbol geworden, nicht zuletzt tragen sie auch effektiv zur globalen Erwärmung bei.“

(Hervorhebung Ute Böhne >> [vollständiger Text](#))

Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres sagte auf der jüngsten Welt-Klimakonferenz in Sharm el-Sheikh: *"Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle mit dem Fuß auf dem Gaspedal."*

Ein Weiter-so darf es nicht geben.

**Wir Christ\*innen setzen dagegen die Hoffnung und den Ruf: Umkehr zum Leben!**

Pfarrerin Ute Böhne, Dekanats-Umweltbeauftragte

Anke Maubach, Mitglied der Dekanats-Synode und des Dekanatsausschusses